



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/7 - 9. Januar 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Unsicherer Westen - Einlatender Osten	S. 1
Ein Bruchstück in Rom	S. 4
Bruner AG "Weser" als Lehre und Beispiel	S. 6
Vor Deklers Bestätigung	S. 7

Nach dem Paukenschlag aus Paris

P.R. Das Jahr 1956 hat politisch mit dem Paukenschlag der französischen Wahlen begonnen. Aber die Frage ist nicht nur: Was geschieht nun in Frankreich? Weitere Sorgen schliessen sich unmittelbar an: Was geschieht in England? Und: Wie wird, gerade im Hinblick auf das eben in Frankreich Erlebte, die Entwicklung in Italien verlaufen?

Die Ähnlichkeit der Verhältnisse und Gefahren in den beiden grossen romanischen Ländern ist seit Jahr und Tag augenfällig: die Stärke der Kommunistischen Partei, die zunehmende Rechtsradikalisierung, die wachsende Schwäche der Mitte. Der Vergleich mit der Zuständen in der Weimarer Republik während ihrer letzten Jahre ist unabweisbar, wenn auch mit der Variante, dass nicht das nationalistische, sondern das kommunistische Extrem die eigentliche Gefahr darstellt. In Frankreich verfügen die parlamentsfeindlichen Parteien jetzt weit über ein Drittel der Mandate, in Italien, schon seit den letzten Wahlen, fast über die Hälfte. Es liegt auf der Hand, dass die Schichten, die in Italien diese knappe Hälfte repräsentieren, sich durch das jüngste französische Ereignis bestätigt und ermutigt fühlen.

Edens Rückschlag

Ein anderer recht beunruhigender Faktor ist die jüngste Entwicklung in England. Die Stellung der Premier, Sir Anthony Eden, ist

so schwer erschüttert, wie bisher noch nie in seiner ganzen politischen Laufbahn. Die Öffentlichkeit sieht sich der Tatsache gegenüber, dass ein durch lange Jahre erfolgreicher Außenminister (erfolgreich an der Seite eines ihm eng befreundeten und überragenden Chefs) durchaus noch nicht selbst einen unumstrittenen Führer der Regierung abzugeben braucht. Die massiven Vorwürfe gegen Eden gehen dabei vor allem von der eigenen Partei und ihren führenden Zeitungen aus, was die Sache für ihn besonders schmerzlich macht. Hinzu kommt, dass gerade in dieser Zeit die Opposition in Hugh Gaitskell sich einen neuen Führer gewählt hat, der mit einer bemerkenswerten Mischung von Elan und Fähigkeit ausgestattet ist und es meisterhaft versteht, die Schwäche der Regierung zu nutzen. Dass Gaitskell eine Unterhausdebatte über die hochnotpeinliche Mak-Cat-Frage unmittelbar vor der Abreise Edens nach Washington durchgesetzt hat, war für ihn ein ebenso grosser Sieg wie für seinen Gegenspieler, eben Sir Anthony, eine schwere Niederlage.

Die Position Moskaus

Auf dem unfreundlichen Hintergrund dieser westeuropäischen Schwierigkeiten hebt sich die Zielstrebigkeit der sowjetischen Politik besonders deutlich ab. Nur wenige Tage, nachdem das sowjetische und polnische Staatsoberhaupt sowie ein chinesischer Marschall als Stellvertreter Mao Tse-tungs neben einem Dutzend anderer hoher Würdenträger der Ostblockstaaten dem 80jährigen Wilhelm Fick ihre demonstrative Reverenz erwiesen hatten, bemühte sich in Bonn Herr Scrin nach Überreichung seines Beglaubigungsschreibens, wobei kein Wort von der deutschen Wiedervereinigung fiel, dem Bundeskanzler seine Glückwünsche zu dessen 80. Geburtstag nachzutragen. Gleichzeitig wurde das Gerücht von Besuchsabsichten Bulganins und Chruschtschows in Bonn im Sommer dieses Jahres lanciert.

Das überraschende Thema der sowjetischen Politik bleibt währenddessen der "antikoloniale Feldzug" in Asien, dessen einseitiger Höhepunkt der Aufenthalt der beiden führenden Moskauer Politiker in Indien, Burma und Afghanistan war. Hier wird eine grosse angelegte, auf lange Sicht berechnete Anstrengung des Kreml erkennbar. Die "Deutsche Zeitung

und Wirtschaftszeitung" schrieb dieser Tage dazu:

"Die Westmächte werden sich mehr und mehr genötigt sehen, wie widerstrebend immer, den kolonialen und halbkolonialen Völkern entgegenzukommen. Die Frage ist jedoch, ob solche Zugeständnisse jeweils zur rechten Zeit und in der richtigen Art gewährt werden oder ob die Blindheit der Besitzenden diejenigen, die sich unterdrückt fühlen, an die Seite der kommunistischen Mächte drängt. Die beiden grossen Lager werden hier ihre Kräfte, und nicht allein ihre materiellen, miteinander messen. Das ist die 'Ko-Existenz in der Konkurrenz'. Kein sehr friedvoller Zustand. Mit Militärpakten allein ist dieses Rennen nicht zu gewinnen. Wirtschaftliche Hilfe muss hinzukommen und politische Aufgeschlossenheit für die Tendenzen, die sich in der Zukunft doch durchsetzen werden."

Das ist eine vorzügliche Umschreibung dessen, was ist und was not tut. Wird der Westen willens und in der Lage sein, eine solche Politik zu führen?

Eisenhowers Rückkehr

Am Montag hat nun Präsident Eisenhower in Washington wieder die Geschäfte übernommen. Das ist eine der wenigen erfreulichen Nachrichten aus den letzten Tagen, wenn er auch gleichzeitig erklärt hat, er habe sich noch nicht entschieden, ob er noch ein zweites Mal für die Präsidentschaft kandidieren werde. Vorher hatte er in seiner Botschaft an den Kongress mit Nachdruck politische Aktivität gegenüber Moskau verlangt. Das bezog sich ganz offenbar auf alle sachlichen Gebiete und Länder, in denen der Westen mit dem Osten zu konkurrieren gezwungen ist - und wo ist das nicht der Fall?

Der Präsident ist auch für die Ausweitung der Auslandshilfe eingetreten, obwohl das in einem Wahljahr selbst für einen Mann wie ihn recht unpopulär sein muss. Schliesslich hat er sich erneut zu der Führungsrolle der USA bei der Organisation der westlichen Abwehrkräfte gegen jede sowjetische Bedrohung bekannt. Die Umstände, unter denen er das tat, waren, besonders mit dem Blick auf Frankreich, alles andere als erfreulich. Aber Eisenhower ist gewiss nicht der Mann, der sich leicht entmutigen lässt. Dies wenigstens schafft Zuversicht, wenn dafür auch sonst in den ersten Tagen des neuen Jahres nicht allzuviel Anlass gegeben zu sein scheint.

Rom - ein Dorado der Bauspekulation

PE - Rom, Anfang Jan.

Rom ist heute eine Stadt von beinahe zwei Millionen Einwohnern. Wie alle italienischen Städte, ist auch Rom im Verhältnis zu dem verfügbaren Wohnraum viel zu dicht besiedelt. Ein Drittel aller Römer drängt sich in 66 000 Wohnungen zusammen, die einen Durchschnittsbelag von mehr als zwei Menschen pro Raum aufweisen; in 25 000 Wohnungen übersteigt der Belag sogar den Durchschnitt von drei Menschen pro Raum. Ausserdem aber leben auch heute noch 28 000 Familien in Baracken und ebenerdigen Lehnhütten, in denen zumeist selbst die primitivsten hygienischen Vorkehrungen völlig fehlen.

Umso überraschender ist der Fremde, wenn er ausserhalb des eigentlichen Stadtkerns auf Schritt und Tritt in weit ausgedehnte, ganz moderne Viertel gerät, in denen immer neue, riesige Wohnblocks aus dem Boden wachsen und sich zu nicht enden wollenden Strassenfluchten zusammenschliessen. In anderen Stadtteilen wieder macht sich kilometerweit ein geradezu verblüffender Wohnbau-Luxus geltend, mit Marmoreinfahrten, Glasterrassen und oft sehr reizvollen architektonischen Lösungen zur Steigerung des an sich schon erstaunlichen Komforts.

In einem Artikel, der weithin grosses Aufsehen erregte, hat kürzlich die linksliberale römische Wochenschrift "L'Espresso" in die Hintergründe dieses krassen Missverhältnisses zwischen beklemmender Wohnungsnot auf der einen und einer entfesselten Bauspekulation auf der anderen Seite hineingeleuchtet.

Unter der Herrschaft der christlichen Demokraten

Seit nunmehr sieben Jahren besitzt die Democrazia Christiana im römischen Stadtmagistrat die Mehrheit, und ein Exponent dieser Partei, der Ingenieur Salvatore Rebecchini, sitzt auf dem Stuhl des Bürgermeisters. Nach der genannten Zeitschrift nun muss der Verwaltung Rebecchinis die Hauptschuld an den skandalösen Zuständen beigemessen werden, die sich gerade in Rom auf dem Gebiet der Bauspekulation herausgebildet haben und die die Ewige Stadt geradezu zum Dorado für die Unternehmer dieses Faches hat werden lassen.

Nach dem "Espresso" besteht nämlich ein höchst bedenkliches

Zusammenspiel zwischen den Terrainspekulanten und gewissen Funktionären der Stadtverwaltung. Die grossen Baufirmen erfahren stets rechtzeitig davon, in welcher Richtung die Gemeinde mit der Erschliessung der römischen Peripherie voranzuschreiten beabsichtigt, und sie wissen es stets so einzurichten, dass die Anlage neuer Kanalisationen, Wasser- und Lichtleitungen durch die Stadt ihren eigenen Grundstücken zugutekommt, die dadurch einen sprunghaften Wertzuwachs erfahren. So hatte eine Baugesellschaft beizeiten zur Verbauung bestimmtes ländliches Gebiet aufgekauft, und zwar zum Durchschnittspreis von 400 Lire für den Quadratmeter, so dass sich der Grundbesitz der erwähnten Firma in dieser Zone sozusagen im Hundundreheren ver Hundertfacht hat. Der Wertzuwachs, den alle in der näheren Umgebung Roms gelegenen Gründe nach ihrer Erschliessung erfahren haben, wird mit insgesamt 300 Milliarden Lire beziffert. Nur hätte die Gemeinde Rom das gesetzliche Recht gehabt, von diesem Betrag eine 5prozentige Wertzuwachssteuer zu erheben und somit 150 Milliarden in ihre eigenen Kassen fliessen zu lassen. Dies wäre umso nötiger gewesen, als sich die Schulden der Stadt Rom in der Aera Rebecchini um 120 Milliarden Lire erhöht haben, so dass der hierfür erforderliche Zinsendienst bereits den Ertrag aller direkten Gemeindesteuern übersteigt. Statt jedoch durch energische Einhebung jener Wertzuwachssteuer für die Herstellung des Gleichgewichts im städtischen Haushalt zu sorgen, hat die Gemeinde die Veranlagung gerade dieser Steuer so lax betrieben, dass sich hieraus bisher nur ein Ertrag von rund einer Milliarde ergeben hat.

Der kleine Mann kommt zu kurz

Das private Bauunternehmertum hat in Rom während der letzten Jahre im Durchschnitt etwa 46 000 Wohnräume im Jahr neu errichtet. Hingegen konnte die aus öffentlichen Mitteln subventionierte Wohnbauaktion "INA-Casa", deren Aufgabe es sein sollte, den minderbemittelten Klassen zu billigen, menschenwürdigen Wohnungen zu verhelfen, bisher im Laufe von sieben Jahren in Rom nur 31 000 Wohnräume erstellen. Der Angestellte, der Arbeiter und keine Beamte ist natürlich völlig ausserstande, für eine Dreizimmerwohnung auch nur den niedrigsten der von den privaten Unternehmern geforderten Zinse zu bezahlen - nämlich 30 000 Lire (200 DM) im Monat. Für ihn gibt es also keinerlei Ausweg aus seinen bisherigen, oft jeder Hygiene spottenden Wohnverhältnissen.

Während Bürgermeister Rebecchini bisher in keiner Weise auf die

gegen ihn und seine Beamten erhobenen Anwürfe reagiert hat, entschloss sich die vom "Espresso" am schärfsten aufs Korn genommene Bauunternehmung "Società Generale Immobiliare", deren Aktien zum erheblichen Teil im Besitz des Heiligen Stuhles sind und in der Fürst Marcantonio Pacelli, ein Neffe des Papstes, als Verwaltungsrat eine massgebende Rolle spielt, eine Klage gegen die linksliberale Zeitschrift einzubringen. "L'Espresso" erklärte hierauf, den Wahrheitsbeweis für die gemachten Angaben erbringen zu wollen. Man darf also damit rechnen, dass es in absehbarer Zeit zu einer gerichtlichen Aufklärung dieser ganzen, für die Römer in hohem Masse interessanten Angelegenheit kommen dürfte.

+ + +

Nachwort zu einer Betriebsratswahl

Unser Ta-Mitarbeiter schreibt uns aus Bremen:

Nach dem Dortmunder Erfolg haben die Kommunisten ihre Agitationsarbeit getreu der schon vor Jahren von Ulbricht erhobenen Forderung in die sogenannten Schwerpunktbetriebe verlegt, zu denen auch die AG "Weser" gehört. In Bremen erhielten sie Verstärkung durch SED-Funktionäre aus Rostock, die die örtliche Parteileitung in ihrem Bestreben, auch hier möglichst viele Schlüsselfunktionen zu erobern, unterstützen sollten. Die SPD-Betriebsgruppe und die IG-Metall begegneten dieser verstärkten kommunistischen Aktivität schon sehr früh mit einer gut vorbereiteten und intensiven Aufklärungsarbeit und liessen sich von der Erkenntnis leiten, dass den Kommunisten nur dann wirkungsvoll Einhalt geboten werden kann, wenn man ihrer planvollen Agitationsarbeit auf der betrieblichen Ebene sachliche, aber unermüdliche Kleinarbeit entgegensetzt. Der Erfolg rechtfertigte diese Arbeitsmethode: das letzte Betriebsratsmitglied mit der niedrigsten Stimmenzahl erhielt noch 400 Stimmen mehr, als der kommunistische Kandidat mit dem grössten Stimmenanteil.

Das Beispiel der Bremer AG "Weser" sollte weit über die örtlichen Grenzen hinaus bekannt werden und die sozialdemokratischen Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre anspornen, aus eigenen schlechten und den Bremer guten Erfahrungen die entsprechenden Schlussfolgerungen zu ziehen. Wenn auch die Betriebsleitung der AG "Weser" kurz nach Bekannt-

werden des Wahlergebnisses versuchte, den Wahlausgang in erster Linie ihren Sozialleistungen zuzuschreiben, so ist eine solche Deutung gerade durch die Wahl auf der Dortmunder Westfalenhütte klar widerlegt worden. Vielmehr ist die Haltung der Betriebsfunktionäre, ihre Aktivität, die Art, wie sie sich auch nach ihrer Wahl in verantwortungsvolle Positionen dem Betriebsarbeiter gegenüber verhalten, ausschlaggebend für die Entscheidung der Belegschaft, wenn es darum geht, erneut Vertrauen auszusprechen oder für Mehlleistungen die Quittung zu präsentieren. Da in den grossen Betrieben den Sozialdemokraten im bürgerlichen Lager meist keine ebenbürtigen Persönlichkeiten gegenüberstehen, schlägt im Falle unzureichender Leistungen und einer fehlerhaften Leistung von Betriebsfunktionären das Pendel meist zugunsten der Kommunisten aus. Die politische Einstellung der Arbeitnehmer spielt in Fragen des Betriebes dabei eine sehr untergeordnete Rolle - sicherlich eine falsche, aber doch auch verständliche Haltung.

+ + +

Skalpjäger ohne Chance

-ler. Wenn nicht alles täuscht, dürften die Skalpjäger, die es auf den Kopf Dehlers als Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion abgesehen haben, auf der Strecke bleiben. Von den Tagungen der verschiedenen FDP-Landesverbände kommt wohl jener in Lippspringe die grösste Bedeutung zu, und dies nicht nur, weil es sich bei der FDP von Nordrhein-Westfalen um den grössten, finanziell stärksten und einflussreichsten Landesverband handelt. Freimut, um nicht zu sagen Verbitterung, aber auch die Besinnung auf die eigene Kraft beherrschten die Diskussion. Was bisher noch niemand in der FDP, von der einer ihrer führenden Köpfe selbst einmal gesagt hat, sie vereinige in sich drei verschiedene Parteien, zu erreichen verstand, gelang einem Aussenstehenden, dem Bundeskanzler. Sein tödlich wirkender Anschlag, über das sogenannte Grabensystem die grosse Partei des liberalen Bürgertums als eigenständige politische Kraft mehr oder weniger auszuschalten, erwies sich als ein von ihm sicherlich nicht gewolltes Zaubermittel: es sprengte nicht die Partei, sondern fügte ihre Reihen fester zusammen.

Weder auf "silbernem noch auf goldenem Tablett" wird der Bundeskanzler, gewissermassen als verspätetes ihm zugedachtes Geburtstagsgeschenk, Dehlers Kopf dargereicht erhalten. Es kennzeichnet die gefestigte Stellung des Fraktionsvorsitzenden der FDP, dass die Ent-

scheidungen von Stuttgart (auf der Drei-Königs-Treffen) und von Lipp-springe spontan erfolgten und ohne seine Anwesenheit. Er hatte es nicht nötig, um Vertrauen zu werben, es floss ihm ohne eigenes Zutun in reichem Masse zu. Die Delegierten auf beiden Tagungen spürten, als sie sich als Schildträger vor Dr. Dehler stellten, dass sie auf gutem Grund stehen und nicht allein nur im Sinn und Auftrag ihrer Partei han-delten. Die westdeutsche Öffentlichkeit verfolgte diesen Versuch, durch Drohungen die zweitgrösste Koalitions-Partei gleichzuschalten und sie zu einer politisch profillosen Gruppe abzustempeln, mit Unbehagen und Unruhe. Wohin käme unsere ohnehin nicht gefestigte Demokratie, wenn es dem Bundeskanzler als Regierungschef gestattet sein sollte, auch die Besetzung der Partei- und Fraktionsvorstände der übrigen Koalitions-partner zu bestimmen? Hier geht es um ein wesentliches Prinzip, und seine Verletzung würde den Weg zu einer Gleichschaltung und Einpartei-herrschaft öffnen, aus der nur neuerliches Unheil flosse.

Das einmütige Bekenntnis der wichtigsten Landesverbände der FDP für Dr. Dehler nimmt wohl die morgige Entscheidung der Bundestagsfrak-tion vorweg. Die wenigen Skalp-jäger innerhalb der FDP sind angesichts dieser Entschlossenheit und diesem weithin sichtbaren Akt der Selbst-behauptung zum betretenen Schweigen verurteilt. Auf der Vorderseite bleiben das Bundeskanzleramt und jene Kreise innerhalb der CDU/CSU, die in ihrem Bestreben, das einmalige Ergebnis vom 6. September 53 auch für die nächsten Bundestagswahlen durch manipulierte Wahlgesetze hindüberzuretten, eine empfindliche Schlappe erlitten haben. Beharren sie dennoch auf ihrem Grabensystem, dann schaffen sie einen Graben, der sie von der Wahrheit der Bevölkerung trennt.

+ + +

Berichtigung:

Ein bedauerliches Versehen ist zu korrigieren: Im Artikel von Dr. Arndt, in der Ausgabe vom 7.1., muss es auf Seite 2, Zeile 8/9 richtig heissen: "...so die Schweiz dem L o c a r n o - Pakt und sogar den Vereinten Nationen..."

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau